

Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession basiert auf der Wahrnehmung von drei Mandaten. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind den Bedürfnissen ihrer Klientinnen und Klienten sowie deren sozialem Umfeld genauso verpflichtet wie den Vorgaben des staatlichen Rechtssystems mit dessen politischen und gesellschaftlichen Normen. Das dritte Mandat der Sozialen Arbeit basiert auf wissenschaftlicher Erkenntnis sowie einem professionellen Ethikkodex, der die allgemeinen Menschenrechte zur Grundlage hat. Es hat dasselbe Gewicht wie die beiden anderen Mandate. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sitzen häufig zwischen allen Stühlen, denn sie müssen einen Weg zwischen den oft im Widerspruch zueinander stehenden Mandaten finden.

Auf kaum einem anderen Feld der Sozialen Arbeit wird diese Spannung so deutlich wie in der Arbeit mit Flüchtlingen, Asylbewerbenden und Migranten, die über keinen gesicherten Aufenthaltsstatus verfügen. Der Widerspruch entsteht, wie die Ereignisse der letzten Monate in Berlin gezeigt haben, aus der blanken Not vieler Menschen, die buchstäblich um jeden Preis eine Rückkehr in ihre Herkunftsänder verhindern wollen, und dem staatlichen Anspruch auf Einhaltung der Gesetze, also auch des Ausländerrechts.

Fachkräfte der Sozialen Arbeit sind qua Beruf verpflichtet, die praktischen sozialen Probleme ihrer Klientinnen und Klienten bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen. Tun sie dies, geraten sie oft in Gefahr, geltendes Recht zu verletzen. Unterlassen sie die Hilfe, verstößen sie womöglich gegen die ethischen Grundsätze ihrer Profession. Hier zeigt sich zwar ein Dilemma, es wird aber auch deutlich, dass die Soziale Arbeit nicht am Rand der Gesellschaft operiert, sondern als integrierende und ausgleichende Kraft Gesellschaft mitgestalten kann, indem sie Prozesse der Integration moderiert und lenkt.

In der Diskussionsveranstaltung „Reich durch Einwanderung“, die im Rahmen der Berliner Stiftungswoche im April dieses Jahres im Zentrum der Hauptstadt unmittelbar am Brandenburger Tor stattfand, zeigte sich vor allem, dass zwischen Politikerinnen und Politikern sowie Vertreterinnen und Vertretern von Wohlfahrtseinrichtungen, Stiftungen und freien Trägern, aber auch unter den Betroffenen selbst kaum eine Verständigung oder verbindliche Problem-

definition existiert. Oftmals wird aneinander vorbeigeredet. Es herrscht das diffuse Gefühl einer Krise, ohne deren Ursachen jedoch genau zu benennen. Patentrezepte werden ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der betroffenen Menschen oder die geltende Rechtsordnung propagiert und statt langfristig und perspektivisch zu denken, werden sowohl die Einheimischen als auch Migrantinnen und Migranten verunsichert, bisweilen sogar gegeneinander ausgespielt.

Bevor jedoch Ziele zum Umgang mit Migration formuliert und Lösungswege entwickelt werden können, müssen wir wissen, wovon wir reden. Wir müssen wissen, wie viele Menschen woher kommen, welche Bedürfnisse sie haben und wie Hilfen aussehen können, um sich über einen gerechten Umgang miteinander zu verständigen. Wir benötigen Zeit und Ruhe. Einwandernden muss geholfen werden, in Deutschland eine Lebensperspektive in Würde und frei von äußerer Not entwickeln zu können. In dieser Zeit sind vor allem die Einrichtungen der öffentlichen und Freien Wohlfahrtspflege, die Organisationen der Sozialen Arbeit gefordert. Auch sie müssen zu einer gemeinsamen Sprache gelangen und sich einen Überblick über alle Aspekte des Lebens und der Hilfebedarfe von Flüchtlingen und Zuwandernden mit unsicherem Status verschaffen.

Die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Schwerpunkttheftes haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Situation der Menschen zu untersuchen, die teils auf irregulären Wegen, teils legal in unser Land eingereist sind und hier tagtäglich erleben müssen, dass man bestenfalls nichts mit ihnen anzufangen weiß, und denen im schlimmsten Fall die Ausweisung droht. Die Analyse der geographischen, soziologischen, kulturellen und juristischen Gegebenheiten zeigt, dass wir nicht einem einzigen benennbaren Problem gegenüberstehen, sondern vielen unterschiedlichen. Die vielfältigen sowohl positiven als auch negativen Reaktionen auf die Migrantinnen und Migranten in der Bevölkerung, den Medien und den Parlamenten tragen zur Komplexität der Situation bei. Die Lebenswelten von Menschen aus Südosteuropa und von Flüchtlingen, die mit Booten über das Mittelmeer nach Europa gelangen, können nicht ohne Weiteres miteinander verglichen werden.

Die Beiträge dieses Heftes leisten eine Bestandsaufnahme. Sie geben keine Lösungen vor, sondern vermitteln empirische und theoretische Grundlagen zur Entwicklung von sozialarbeiterischen Konzepten zur Bewältigung der Herausforderungen angesichts der steigenden Zahl von Asylanträgen und Zuwanderungen. Wir erhalten einen Eindruck davon, wie unzulänglich der Versuch ist, alle Migrantinnen und Migranten über einen Kamm zu scheren, und lernen am Beispiel der Schweiz, wie in anderen Ländern mit Zuwanderung umgegangen wird. Die Aufsätze geben Hinweise auf unterschiedliche Ansätze zur Sozialen Arbeit mit zugewanderten Klientinnen und Klienten und zeigen die Ursachen des Gelingens, aber auch des Misslingens dieser Bemühungen.

Wenn von der Bestandsaufnahme zur konkreten Handlung geschritten wird, darf nicht vergessen werden, dass Migration immer mit Entwicklung verbunden ist und viele Menschen in ihre Herkunftsänder zurückkehren werden. Migration und wirtschaftliche Zusammenarbeit, die man früher Entwicklungshilfe nannte, müssen in der Sozialen Arbeit zusammengedacht werden.

Was jetzt nicht wiederholt werden darf, sind die Integrationsfehler früherer Zeiten. Wir müssen den Menschen von Anfang an einen Status und eine Perspektive geben. Asylbewerber und -bewerberinnen dürfen bis heute nicht ohne Weiteres arbeiten, wenn Deutsche und EU-Bürger ihren Arbeitsplatz einnehmen könnten. Sie dürfen bislang keine Deutschkurse besuchen. Viele Probleme würden aber bereits in ihrer Entstehung unterbunden, wenn sie einen Zugang zu unserer Kultur und Rechtssicherheit in allen Belangen hätten.

Der Blick muss selbstverständlich auch auf die Haltung und die Ansprüche derer gerichtet werden, um die es hierbei geht, die Zuwandernden selbst. Das größte Gespenst für viele Deutsche, die christlichen Deutschen, sind momentan vor allem Menschen muslimischen Glaubens. In der Abwehr dieses Gespenstes wird ein großer Fehler gemacht: Viele meinen, erst müsse die fremde Religion reformiert werden, es müsse ein „demokratiekompatibler“ Islam geschaffen werden, bevor eine echte Integration stattfinden könne. Diese Annahme ist falsch. Auch konservative Christen und Juden können gute Staatsbürger sein, warum gilt dies nicht für Mus-

lime? Wir müssen aufhören zu fordern, dass sie ihren Glauben reformieren, um hier anzukommen. Nein, sie müssen etwas viel Einfacheres tun: ihre Religion als Privatsache ansehen. Wir dürfen nichts Unmögliches verlangen, etwa unbedingte Anpassung und Aufgabe der kulturellen Identität. Das würde zwangsläufig zu unlösbareren Konflikten führen.

Trotz aller Schwierigkeiten, denen wir aktuell gegenüberstehen, leben wir in Deutschland in einer der spannendsten und gleichzeitig friedlichsten Epochen seit Langem. Bisher haben sich Menschen in den meisten Fällen, in denen Kulturen zusammgetroffen sind, die Köpfe eingeschlagen, es gab Mord und Totschlag. Wir sind dabei, dieses Grundmuster abzulösen und der Vergangenheit angehören zu lassen. Das ist eine spannende Aufgabe, das macht uns in dem Sinne reich, dass wir wach sind, lebendig und dynamisch.

Werden wir einen ethischen Maßstab oder einen asylpolitischen Maßstab anlegen? Wir wissen es jetzt noch nicht. Das werden die nächsten Monate und Jahre zeigen. Wie gehen wir mit dem verbreiteten Antiziganismus und schleichender oder offener Fremdenfeindlichkeit um? Wie stehen wir zu Schleier, Burkha und Moscheebauten? Dies alles sind Fragen, die sich uns zum ersten Mal stellen, die wir mit wohlwollender Klugheit beantworten und anschließend aushandeln müssen.

Um nicht auf voreilige Antworten und kurzfristige Lösungen hereinzufallen, benötigen wir wie gesagt Zeit. In dieser Zeit dürfen aber weder die Menschen, die uns in ihrer Not um Aufnahme bitten, noch wir als offene Gesellschaft in Stillstand verharren, sondern müssen den Umgang miteinander lernen und üben. Damit dieser Prozess gerecht und entsprechend den Bedürfnissen sowohl der Einheimischen als auch der Hinzukommenden verlaufen kann, braucht es den Einsatz einer systematischen, an anerkannten Methoden orientierten und ethisch fundierten Sozialen Arbeit. Die Aufsätze in diesem Heft können dafür eine Grundlage sein.

Professor Barbara John

Vorstandsvorsitzende des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Landesverband Berlin e.V., und war von 1981 bis 2003 Ausländerbeauftragte des Berliner Senats.